

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postfachkonto: Leipzig, 10011.

Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringselgeld monatlich 4.50 M., durch die Post monatlich 18.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn monatlich 7.25 M. Et je numéro 20 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 251. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die gespaltene Nonoparagraphen 1.90 M., Familienanzeigen 1.30 M., die gespaltene Werksampeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Preisunterlegung 20 Pf.

Nr. 109

Dresden, Freitag den 14. Mai 1920

31. Jahrg.

## Ein reaktionärer Block

Herr Dernburg hat kürzlich in einer Rede zu Krefeld sichert, man wolle nach links und rechts von seiner Partei den scharfen Strich ziehen. Den scharfen Strich nach links hin nach rechts und bedauern es durchaus nicht, daß er sich hier vom Hintergrund der Wahlkämpfe abhebt. Die Deutsche demokratische Partei und die Sozialdemokratie vertreten in allerwidrigsten wirtschaftlichen Fragen zwei einander entgegengesetzte Anschauungen, die einander gegenüber stehen wie Feuer und Wasser, d. h. wie Kapitalismus und Sozialismus.

Wo ist aber der Strich nach rechts? Man muß gestehen, daß er mit jedem Tage mehr verdrängt wird. Da schreibt z. B. Herr Erich Dombrowski im Berliner Tageblatt einen Artikel über die reaktionäre Front in Bayern und das eifrige Leben dort einen antisozialdemokratischen Ordnungsbund, der die Wahlen in Erscheinung treten zu lassen. Das bayrische Zentrum, sagt er, habe diese Schwärzung bereits mit seinen Föhnen vollzogen. Weiter hat Herr Dombrowski in Bayern nichts zu bemerken, als daß die Demokraten „unten und oben in einer recht schwierigen Situation“ sind. Der bayrische Wähler entlandte Sonderberichterstattung des „Berliner demokratischen Hauptorgans“ muß natürlich seinen Kopf tief in den Sand stecken vor der Tatsache, daß seine eigenen Parteigenossen die Bildung des bayrischen Ordnungsbundes tadellos mitgeteilt haben und mitten drin in der Regierung des Herrn von Kahr sitzen.

Im übrigen Deutschland bemüht sich Herr Stresemann mit seinen Kardorff und Krenndt, seinen Dienern und Mägden zu vollenden, was in Bayern glorreich begonnen worden ist. Wo bleibt da der Strich gegen rechts? Die demokratische Presse sagt zwar den deutschen Volksparteilern beider Jahrgänge, 1919 und 1920, manche persönliche Bosheiten, von einer grundsätzlichen Scheidung zwischen der Deutsch-demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei hielt man in ihr nichts.

Eine solche grundsätzliche Unterscheidung konnte sich z. B. dem Gebiet der Staatsform ergeben. Herr Stresemann ist bekanntlich, solange er noch bei den Demokraten anzufragen hoffte, als Republikaner bekannt, später wandelte er wieder mit seiner Partei zu einem kramigen Monarchisten. Indes, siehe da, die Deutsche Volkspartei läßt aus diplomatischen Rücksichten ihren Monarchismus jetzt ganz beiseite, wie übrigens ihre Schwester zur Rechten, die Deutschnationalen Volkspartei, auch Monarchie ist eben keine zugräftige Wahlparole. Und zum kommen die Demokraten auch gar nicht in die Lage, gegenüber den Volksparteilern ihre republikanische Bürgergung zu betonen. Derlei grundsätzliche Fragen erscheinen auf Verabredung ausgekallt.

Tritt das Trennende — trennt es wirklich? — in den Hintergrund, so macht sich das Gemeinsame desto mehr bemerkbar.

Die Deutsche Volkspartei, die Partei des Herrn Stresemann, des ehemaligen Sombis des Bundes deutscher Industrieller, wird vom Industriekapital in der auffälligsten Weise begünstigt. Aber auch die demokratische Partei kann ihrer eigenen Natur und Herkunft nach auf die Mitwirkung des industriellen Unternehmertums und ganz besonders der Handels- und Finanzwelt, nicht verzichten.

Die bürgerlichen Parteien sind die Koalition mit der Sozialdemokratie eingegangen, weil sie in sich selbst zu sehr zerflüßelt waren, miteinander eine zu geringe Mehrheit in der Nationalversammlung bilden und aus Angst vor der Arbeiterklasse die Regierung zu übernehmen nicht getrauten. Würden sich die Verhältnisse zu Gunsten der bürgerlichen Parteien ändern, so würden diese Koalitionspolitik mit allen Zugeständnissen an die Arbeiterklasse in die Ecke stellen.

Wenn die Arbeiterschaft, Arbeiter, Angestellte und Beamte, im Wahlkampf nicht bis zum letzten Mann stehen, dann kommt der bürgerliche, der antisozialdemokratische Ordnungsbund. Nicht alle sind sich über die ungeheure Bedeutung dieses Entscheidungskampfes vollständig im Klaren, und darum muß es allen Schläfern gellend in die Ohren gefahren werden, daß es jetzt um alles geht.

Sicherlich und abscheulich, diese Kapitalgereien zwischen S. P. D., U. S. V. D., A. V. D., N. V. D., zwischen der Sozialdemokratie und dem drohenden antisozialdemokratischen Ordnungsbund fällt die Entscheidung!

### Um die sächsische Verfassung

Eine Beratung von schwerwiegender Bedeutung, wie sie in den letzten Jahren in Sachsen Volksvertretung nicht dazugekommen ist, ging am Mittwoch in der Volkskammer vor sich. Und doch wurde sie nicht zu einem parlamentarischen Ereignis. Die Beratung trug vielmehr Charakter. Das Haus war blühend, nur knapp beschlußfähig, die Verhandlungen hoben sich über die gewöhnliche Höhe. Wie das zu erklären ist? Der gewählte Tag war für eine solche Beratung außerordentlich günstig. Die Debatte hatte mehr Abgeordnete als gewöhnlich anwesend, und am Freitag, dem 12. Mai, wurde der Kampfplatz zu eilen, wo über das Schicksal Sachsens die kommende Zeit die Entscheidung fallen wird. Der Beratungsentwurf war dagegen kaum noch ein Kampfbild. Er

liegt vielmehr vor als Resultat der Revolution, also eines bestimmten Abschnittes im Befreiungskampfe. Es kann wohl noch darum gestritten werden, ob einzelne Artikel anders gestaltet, ob durch den einen oder den anderen dem Willen des Volkes mehr direkter Einfluß gesichert werden soll, oder ob diese oder jene Einrichtung den demokratischen Anforderungen in allen Punkten entspricht. Freilich ist der Hinweis eines Redners, daß in einer Verfassung alles, ja jedes Wort wichtig ist, durchaus zutreffend, aber die Grundrichtung der Verfassung ist bereits tatsächlich festgelegt durch den Ausgang der Revolution, und in gewissem Sinne auch bereits formell durch das vorläufige Grundgesetz. Gegenüber diesen kann die neue Verfassung wohl in Einzelheiten Abweichungen, aber nicht grundlegende Neuerungen bringen.

Kus allem erklärt sich, daß die Vorbereitung der Verfassungsentwürfs kein großer Tag wurde. Voraussetzung dazu ist immer der Kampf, ein Ringen um Entscheidungen von erheblicher Tragweite. Das aber hätte bei diesen Verhandlungen nur dann Ereignis werden können, wenn die äußerste Rechte und die Linken die Vorbereitung zu einem wohlangelegten Versuch gemacht hätten, ihre erwarnten, den Grundlinien des Verfassungsentwurfs entgegenstehenden Ansichten und Ziele zur Geltung zu bringen. Das ist nicht geschehen. Die Verfassungsbere der Deutschnationalen stand vielmehr

Zegen gereichen und zum Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung werden möge. Dieser Erwartung schließen wir uns an und geben auch dem für die Beratung der Verfassung einzulegenden Sonderausfluß den Wunsch mit auf den Weg, daß sich auch die noch strittigen Punkte der neuen Verfassung Lichtvoll klären und zum Vorteil einer gedeihlichen Entwicklung umgestalten mögen.

### Nittis Sturz

Rom, 12. Mai. In der Kammer haben die sozialistischen Abgeordneten beantragt, die Entlassung zu unterbrechen, um über die Auslieferung anlässlich der politischen Meißelung bei der Kufferrückgabe zu verhandeln. Nitti verlangte die Ablehnung des Antrags und stellte die Vertrauensfrage. Die katholische Volkspartei kündigte an, daß sie für den sozialistischen Antrag stimmen würde. 309 Abgeordnete waren anwesend; bei namentlicher Abstimmung stimmten für den Antrag 193, dagegen 112 Abgeordnete, bei vier Stimmenthaltungen. Die Kammer hat 508 Mitglieder. Der Kammerpräsident setzte daraufhin mit, 1 Uhr der Ministerpräsident morgen, Mittwoch, den Beginn der Sitzung die Dimission des Ministeriums bekanntgeben würde.

Kurz vor der Konferenz in Spa ist Nitti, der endlich ein mündliches Verständeln mit Deutschland durchgesetzt hatte, über eine innerpolitische Frage gestürzt, weil er den Sozialisten in sozialistischem Sinne zu weit rechts, dem katholischen Parteivorstand zu weit links stand. In seinem Sturz haben auch die Nationalen beigetragen, denen das wahrhaft friedensfreundliche Viefen Nittis nach außen unympathisch war. Da aber Sozialisten und Katholiken, beides ausgesprochene Friedensfreunde und Gegner der Sozialpolitik, die Kammermehrheit bilden, ist ein andre Augenpolitik Italiens kaum zu denken.

Wir Deutschen können Nittis Abgang trotzdem nur bedauern. War er doch eine Persönlichkeit, stark genug, sich Männern wie Villarand Lloyd George gegenüber durchzusetzen, im Gegensatz etwa zu Wilson, den die Willensschwäche von Versailles mit samt seinen vierzehn Punkten in die Wand drückten. Aus Reichskanzler Müllers Worten in der Unterredung mit dem Reichserbkämmerer der Gazette des Tribuna, die nun gewissermaßen zum Refektorium für den italienischen Ministerpräsidenten geworden sind, geht klar hervor, daß man in Deutschland Nittis Wirken für Deutschland und einen wahren Volksfrieden gerecht zu würdigen weiß.

Wer wird sein Nachfolger werden? Der Jubel des Ananti läßt darauf schließen, daß die Genossen in Italien hoffen, schließlich auch gegen die Katholiken eine sozialistische Regierung durchzusetzen. Der Scelso dagegen rechnet mit der Möglichkeit eines Kabinetts Medea (Kath.) mit dem Reformsozialisten Ponomi als Kriegsminister. Jedoch scheint auch nicht ausgeschlossen, daß Nitti von neuem mit der Regierungsbildung beauftragt werden wird.

### Noch keine Klärung

Lugano, 14. Mai. Die Lösung der Krise schwebt vorläufig noch völlig im Dunkeln. Nitti bezeichnet dem König Medea, den konservativen Führer der katholischen Volkspartei als seinen Nachfolger. Dieser erklärt jedoch Journalisten, daß er weder ein Mandat für eine Kabinettsbildung noch einen Platz im neuen Ministerium annehmen werde. Offiziator Romano, das Organ des Nationalen, tadelt die katholische Volkspartei wegen des von ihr herbeigeführten Sturzes Nittis. Der König wird zweifellos zunächst Nitti zur Neubildung des Kabinetts einladen. Erst wenn dieser ablehnen sollte, kommen neue Kandidaten in Betracht. Unter diese zählt auch Giolitti oder dessen Nachfolger Faata: Giolitti will jedoch die Leitung erst nach der Klärung der Adriafrage wieder übernehmen. Die unruhige Ungeklärtheit der politischen Lage wird gewahrt durch den Umstand, daß keine Partei im Parlament über eine Mehrheit verfügt und daß die den Ausschlag gebende katholische Volkspartei selbst in zwei große Lager, in die der nahezu kommunistisch gesinnten Bauern und der Christenbundesgenossen, gespalten ist.

### Vor der Spa-Konferenz

Genf, 14. Mai. Man spricht davon, daß außer der Besprechung in Kalkette noch eine andre vorbereitende Zusammenkunft der Konferenz von Spa voranzutreiben soll. Diese Besprechung an der auch die Vertreter Belgiens und Italiens teilnehmen sollen, würde in Paris oder Brüssel stattfinden. Sie hätte den Zweck, das Programm der Verbündeten für Spa in allem Einzelheiten festzusetzen. Auch dieser Vorhaben ist es aber von Villarand aus, der sein mögliches tun, um der von ihm gefürchteten Zusammenkunft mit den Deutschen den Charakter einer reinen Formalstat zu geben.

**Wer steht im Wahlkampf in vorderster Linie?**  
**Die Zeitung!**

**Wer erörtert die politischen Probleme, berichtigt Wahlflügen und gegnerische Verdrehungen?**  
**Die Zeitung!**

**Darum, Genossen und Genossinnen, stärkt euer Blatt, nugt den Wahlkampf, um Abonnenten zu gewinnen, werbt für die Dresdner Volkszeitung.**

**Das Abonnement ist zu halbem Preise auch ab 15. Mai möglich.**

noch wie sonst ihre Volksparteipolitik im Zeichen der Revision. Ueber einige skeptische Randbemerkungen kam der deutschnationalen Redner nicht hinaus. Er verwarf ja seine Abneigung gegen die Erneuerung ebensowenig wie seine Vorliebe für die dahingegangene alte sächsische Verfassung, aber von einem großzügigen Vorstoß zur Verkräftigung seiner reaktionären Weltanschauung blieb er weit zurück. Auch der Redner der extremen Linken legte sich, wenn auch in ganz anderer Weise, Beschränkungen auf. Er machte auch nicht den geringsten Versuch, die Kätebittatur zu verteidigen, obwohl sich Parteimitglieder der Unabhängigen dafür deutlich ausgesprochen haben. Er blieb in Verwünschungen von Einzelheiten stehen. Diese aber waren zum weitaus größten Teile so, daß ihnen auch jeder Sozialdemokrat zustimmen konnte. In der unabhängigen Redner blieb dabei sogar bekräftlich hinter den sozialdemokratischen Forderungen zurück, die in einer Erweiterung der direkten Entscheidung durch die Volksabstimmung und Einführung des Volksbegehrens, also einer wesentlichen Erweiterung der direkten Gesetzgebung durch das Volk, gipfelten. Am logischen Zusammenhang mit diesem Standpunkte wurde von den sozialdemokratischen Rednern der Höhepunkt vermissen, der für die Regierung in gewissen Finanzfragen gesichert werden soll, ebenso das Recht auf Landtagsauflösung und zu selbstherrlichen Ausnahmemaßnahmen für den Fall einer Verzögerung bei der Verabschiedung des Etats.

Denselben Standpunkt nahm in einer warmherzigen Rede der demokratische Vorsitzende ein, der sich besonders auch für eine Erweiterung des direkten Einflusses des Volkes einsetzte. Dagegen klang aus den Ausführungen des volksparteilichen Vertreters etwas von jenem abfälligen Scepticismus, den die deutschnationalen Stellungnahme aufwies. Durch manche Reden wurde auch die Tatsache hervorgehoben, daß die neue Verfassung nur noch für ein Land mit fast bestimmter Staatsgewalt Geltung erlangen werde. Deshalb wurde auch bemängelt, daß der Ministerpräsident in Zukunft Staatspräsident heißen soll. Das wurde für ein Land mit fast nur noch provinziellen Rechten zutreffend für etwas zu hochtönig befunden. Fast alle Redner ließen ihre Ausführungen in der Hoffnung ausklingen, daß die neue Verfassung Land und Volk zum